

Der sichere Weg braucht ein Ziel

Jürgen Stoldt

Vor fünf Jahren wurde an dieser Stelle¹ Lichtenberg zitiert mit seinem schönen Satz: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen: Es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

Der Wunsch nach einem Regierungswechsel nur um des Wechsels willen war im Frühjahr 1999 in den politischen Diskussionen häufig zu hören. Die in die Jahre gekommene, große Koalition aus CSV und LSAP (1984-1999) besaß in den Augen vieler Bürger nicht mehr die Kraft, das Land auf die entscheidenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Nachhaltige Entwicklung, gerechtere Verteilung des Reichtums in der Welt, Umbau der Wirtschaft vor dem Hintergrund neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, Integration zehntausender neuer, ausländischer Arbeitnehmer, Reform des Schulsystems, die Liste schien lang...

Doch der Wechsel alleine war auch in diesem Fall kein Garant für Erfolg, und Lichtenberg behielt auch im Negativen recht. Die 1999 einsetzende Legislaturperiode brachte für Luxemburg statt Aufbruch in vielerlei Hinsicht Ernüchterung und Stillstand. Die politische und wirtschaftliche Großwetterlage, die heute als Erklärung für die überaus bescheidene Bilanz dieser Regierung herhalten soll, war erst in der zweiten Hälfte – ab Ende 2001 – mit dafür verantwortlich. Zu Anfang waren es eindeutig hausgemachte Gründe, die die Arbeit blockierten: Die Regierungs-

partner zeigten große Schwierigkeiten, ein gemeinsames Auftreten zu finden; Misstrauen und Unlust prägten die ersten Jahre der Zusammenarbeit zwischen CSV und DP. Auch die größte Oppositionspartei fand nicht zu ihrer Rolle und wirkte bis zum Beginn des Krieges im Irak wie gelähmt.

Zwischen den wertkonservativen Politikern auf der vermeintlich Linken und den sozial Engagierten auf der vermeintlich Rechten sind Berührungspunkte objektiv gegeben, sie reichen von der Ablehnung der Gentechnik über Subsidiarität bis zum Solidaritätsprinzip.

Es blieb an den Grünen, die Politik inhaltlich zu beleben. Ihre Vorschläge und Eingaben ließen den Bürger ahnen, dass man auch aus der Opposition heraus Politik machen kann. Die Abgeordneten dieser Fraktion schienen dem Regierungschef in den Jahren von 2000 bis 2003 die einzigen (innenpolitischen) Gesprächspartner zu sein. Und in der CSV-nahen Presse fanden Camille Gira, François Bausch und Claude Turmes eine ausführliche und freundliche Berichterstattung und Kommentierung. Der vormals so unpassende Gedanke einer Zusammenarbeit zwischen CSV und Grünen gewann zusehends an Schärfe und durfte nach einer erfolg-

reichen Premiere auf Gemeindeebene (in Sassenheim) hinter vorgehaltener Hand – und selbst in einem Leitartikel des LW – diskutiert werden. In einem Interview mit RTL zum Jahreswechsel 2003/4 wollte Jean-Claude Juncker die Partei der Grünen als zukünftigen Koalitionspartner nicht länger ausschließen. Seitdem gibt es keine weiteren Anzeichen einer Annäherung und auch im *forum*-Interview (vgl. Seite 15) hält der Premierminister die kritische Distanz zur Partei der Grünen aufrecht, die er sich vor dem Hintergrund des Wahlkampfes zugelegt hat.

Doch zwischen den wertkonservativen Politikern auf der vermeintlich Linken und den sozial Engagierten auf der vermeintlich Rechten sind Berührungspunkte objektiv gegeben, sie reichen von der Ablehnung der Gentechnik über Subsidiarität bis zum Solidaritätsprinzip. Diese Gemeinsamkeiten haben in vielen europäischen Ländern zu Regierungskoalitionen auf Landes- und Regionalebene geführt.

Auch für einen Teil der CSV könnte es mittlerweile handfeste Gründe geben, über die traditionellen Angebote von DP und LSAP hinaus nach kompetenten Regierungspartnern Ausschau zu halten (die im Falle der Grünen aus einem gewissen Abstand heraus eher verlorenen Söhnen als politischen Gegnern gleichen). Aber wie lässt sich dieser Wechsel realisieren angesichts der abzu-sehenden Mehrheitsverhältnisse? Voraussetzung ist natürlich, dass der Wahlabend die Umfrageergebnisse bestätigt und die Grünen einige Sitze hinzuge-

winnen, die DP Stimmen verliert und die LSAP stagniert.

Dann ließe sich womöglich argumentieren, dass die stärkste Partei (die CSV) mit dem stärksten Wahlgewinner (den Grünen) in Koalitionsverhandlungen eintritt, um die Tendenz des Wählerwillens zu respektieren – auch wenn durch diesen Schritt nicht sogleich eine Mehrheit gesichert wäre. Auf der Basis einer prinzipiellen Einigung zwischen CSV und den Grünen könnten dann DP oder LSAP Koalitionsverhandlungen angeboten werden.

Die Vorstellung einer Dreierkoalition wird der Führungsriege in der CSV ein Graus sein (auch angesichts der kommenden EU-Präsidentschaft, die innenpolitische Experimente zu verbieten scheint). Doch die aus der Argumentation – „stärkste Partei mit stärkstem Wahlgewinner und dann erst Suche nach Mehrheit“ – entstehende Regierung dürfte mittelfristig ungleich dyna-

mischer, ehrgeiziger und mutiger auftreten, als jede mögliche Zweier-Koalition, die die CSV heute eingehen könnte.

Für die Christlich-Sozialen bietet sich die Gelegenheit, auf überraschende Weise einmal mehr ihre staatstragende Gesinnung zu belegen. Und für den vielbeschworenen „sicheren Weg“ böte sich mit der nachhaltigen Entwicklung ein Ziel, das den politischen Wechsel tatsächlich hinreichend begründet.

„Eine Regierung der Besten“ anstatt einer erneuten „Regierung der Mittelmäßigkeit“ lautete die Devise. Wobei die Vertreter der Grünen stellvertre-

tend für politische Inhalte stehen, für einen glaubwürdigen Stil und für einen Teil der Luxemburger Bevölkerung, der einer langfristig ausgerichteten Politik Rückhalt gibt.

Für das Land bzw. das „Unternehmen Luxemburg“ ist es höchste Zeit, sich wieder auf seine Stärken zu besinnen und offensiv Politik zu betreiben. Für die Christlich-Sozialen bietet sich die Gelegenheit, auf überraschende Weise einmal mehr ihre staatstragende Gesinnung zu belegen. Und für den vielbeschworenen „sicheren Weg“ böte sich mit der nachhaltigen Entwicklung ein Ziel, das den politischen Wechsel tatsächlich hinreichend begründet.

¹Romain Kohn „Die bleierne Mitte“, *forum* Nr. 191, April 1999 und Romain Kohn „Sand im Getriebe. Warum der politische Wechsel um des Wechsels willen eine hinreichende Begründung ist.“ *forum* Nr. 192, Juni 1999.